

2010-04-26

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die

Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

am 21.04.2010

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 22:05 Uhr
**Sitzungsort: Hochschule Anhalt (FH),
Gebäude 08, Raum 005**

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU
Trocha, Harald
Mau, Hans-Joachim

Anwesend bis TOP 4

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Pätzold, Hans-Joachim

Vertretung für Herrn Krüger

Fraktion der SPD
Hartmann, Robert

Vertretung für Herrn Dreibrodt

Fraktion Pro Dessau-Roßlau
Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN
Busch, Thomas

Vertretung für Herrn Prof. Dr. Schmidt

Fraktion der FDP
Plettner, Ulrich Dr.

Vertreter für Herrn Dr. Neubert

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Auf die kurzfristige Einberufung der heutigen Sondersitzung zum Thema Junkalor sowie die Reduzierung der Fristen für Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung habe man sich am 15.04.2010 geeinigt.

2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur Tagesordnung wurden auf Anfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, keine Ergänzungs- oder Änderungsanträge vorgebracht.

Die Tagesordnung wurde in der ausgereichten Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 1

Die Tagesordnung wurde ungeändert mehrheitlich bestätigt.

3. **Genehmigung der Niederschrift vom 15.03.2010**

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 15.03.2010 wurden keine Änderungsanträge oder Ergänzungsbedarf geäußert, so dass durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 2

Das Protokoll der Sitzung vom 15.03.2010 wurde ungeändert, mehrheitlich bestätigt.

4. **Standort Junkalor, Altener Straße**

Nachdem am 15.04.2010 durch den Verein Industriekultur Hugo Junkers das Konzept zur Sicherung, Sanierung und Betreibung von Teilbereichen des Junkalor-Standorts übergeben wurde, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, werde dem Verein heute die Möglichkeit gegeben, sein Konzept mit erläuternden Bemerkungen zu untersetzen. Im Anschluss bestehe die Möglichkeit, Fragen zu äußern und in die Diskussion zur weiteren Vorgehensweise einzusteigen.

Nach der Vorstellung des Vereins Industriekultur Hugo Junkers, wurde durch **Herrn Tornack** erläutert, dass mittlerweile seit einem halben Jahr intensiv an der Thematik gearbeitet werde und in den vergangenen vier Wochen das vorliegende Konzept erstellt wurde. Der Verein trete heute für eine Verlängerung des Moratoriums ein, um in dieser Zeit durch eine Expertengruppe das Konzept weiter zu untersetzen.

Das Projekt „Denkwerk Hugo Junkers“ werde als internationales Transferzentrum für Zukunftsenergien entwickelt, um dem drohenden Abriss der historischen Bausubstanz vorzubeugen. Man sehe hier hohes Potenzial und erhoffe sich die Zusammenarbeit mit der Stadt.

Herr Tornack stellte im weiteren Verlauf das Konzept des Projekts näher vor, welches sich derzeit im Stadium der Initiierung befinde. Die aufgezeigten Kosten seien grob geschätzt, anhand von Vergleichsdaten, der Gebäudezustandsbeurteilung und der Abstimmung mit Experten. Die Projektlaufzeit beschrieb er mit 15 Jahren, die erforderlichen Mittel seien durch Spenden, Fördermittel und Kooperationen mit Stiftungen einzuwerben. Ein vollständiges Investorenkonzept werde man in einer späteren Phase erarbeiten. Für den vorliegenden Fördermittelbescheid sei eine Projektänderung vorgesehen. In der derzeitigen Abrissphase 2 sei in Abstimmung mit dem Abrissunternehmer die Durchführung eines selektiven Abrisses abzustimmen.

Im Rahmen der Vorstellung des Nutzungskonzepts beschrieb Herr Tornack das Leitthema Energie, wobei durch die Mieteinnahmen des „Denkwerks Hugo Junkers“ die Mittel zur Finanzierung des Projekts generiert werden sollen. Die künftige Trägerstruktur bei der Umsetzung des Projekts wurde vorgedacht und sei im Verlauf weiter zu konkretisieren. Vorgesehen sei, dass die Stadt bis zum Auslaufen des Förderbescheides im Besitz der Liegenschaft bleibe, der Verein die Projektentwicklung übernehme und künftig eine zu gründende GmbH die Trägerschaft übernehme.

Nach Darstellung des Zeitplanes für den weiteren Projektablauf dankte Herr Tornack für die Aufmerksamkeit.

Durch **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, wurde nachgefragt, ob der Verein selbst als Gründer bzw. perspektivisch als Betreuer auftreten werde und, ob die in Anspruch genommenen Flächen für diese Denkfabrik notwendig seien.

Man habe das gesamte Ensemble mit ca. 10.000 m² im Blick, antwortete **Herr Tornack**. Die Fläche sei für das Projekt eher als zu gering einzuschätzen, so dass man perspektivisch von notwendigem Erweiterungsbedarf ausgehe. Der Verein, als kleine Gruppe von Aktivisten, sei sich der Größe der Aufgabe im Klaren. Man verfüge über viele Kooperationspartner und verspreche sich bei einem weitergehenden Moratorium größere Erfolge in der Akquise weiterer Partner.

Auf die Frage von **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, zu praktischen Erfahrungen des Vereins bei der Umnutzung und dem Umbau, verwies **Herr Tornack** auf die Erfahrungen der Hochschule in Sachen Entwicklung ähnlicher Projekte. Der Verein sei jung und dynamisch und werde mit der Aufgabe wachsen sowie einen großen Zugewinn an Erfahrungen erreichen.

Die Fragen des **Herrn Beigeordneten Hantusch** zur Kenntnis der Forschungs- und Entwicklungslandschaft sowie zu bereits geknüpften Kontakten zu entsprechenden Unternehmen und Institutionen und ähnlich betriebenen Einrichtungen wurde durch **Herrn Tornack** mit dem Verweis auf die Vielzahl der Akteure aus verschiedensten Bereichen beantwortet. Konkretisierungen wurden nicht vorgenommen.

Der Verein habe im Laufe der Zeit bereits an Selbstbewusstsein gewonnen, schätzte **Herr Schönemann** ein. Für die Erarbeitung des Konzepts müsse man ein Kompliment aussprechen. Die Frage sei, worin bisher die Einschränkung bestand, konkrete Partner zu akquirieren. Man benötige in der Beurteilung des Projekts entsprechenden Sachverstand, so dass Aktivitäten aus den Fachbereichen der Hochschule zu hinterfragen wären.

Die Sanierungsfähigkeit der Gebäude wurde durch die Hochschule ausdrücklich bezeugt, so **Herr Tornack**. Durch die Unterstützung im Rahmen der Seminararbeit sei zusätzliches Potenzial zu erwarten. Ein weiterer Vertreter des Vereins bemerkte, dass im Verein keine Profis tätig seien. Hier wurde nur ein Ansatz erarbeitet, in vier Wochen sei auch nicht mehr machbar gewesen.

Natürlich seien Enthusiasten mit Optimismus gefragt, erklärte **Herr Schönemann**. Partner seien zu begeistern, um einen wirtschaftlichen Beitrag einzubringen. Die Frage stelle sich, wie real die vorgelegte Vision sei.

Den vorliegenden Ansatz als positiv bezeichnend, fragte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, nach konkreten Kontakten zu den benannten Institutionen MIT, Harvard, Club of Rome bzw. der Belastbarkeit dieser Kooperationen. Darüber hinaus fehlen die Aussagen der Hochschule als wichtigen Partner des Projekts.

Eine Kontaktaufnahme sei erst möglich, antwortete **Herr Tornack**, wenn man sich zu einem Moratorium verständigt habe und in Begleitung einer Expertenrunde die weiteren Schritte in Angriff nehme.

Das Konzept sei in seiner Stringenz belastbar, wertete **Herr Prof. Kalvelage, Hochschule Anhalt (FH)**. Um alle Anforderungen erfüllen zu können sei aber eine Bearbeitungszeit von mindestens 3 Monaten nötig gewesen. In Vorbereitung der Ansprache weiterer Partner, wie großen Energieversorgern, deren Denkfabriken – think tanks – sich gerade im Aufbau befänden, sei eine Weiterentwicklung des Projekts erforderlich. Ohne das Wohlwollen der Stadt sei diese Weiterentwicklung jedoch nicht möglich.

Die heutige Veranstaltung bereits als großen Gewinn für alle Beteiligte bezeichnend, sprach **Herr Prof. Pinkau, Hochschule Anhalt (FH)**, dem Projekt eine mögliche Katalysatorfunktion zu. Denkbar sei, dass sich die Hochschule beispielsweise mit der Durchführung einer Sommerschule einbringe.

Der Grundsatz der Zusammenarbeit mit der Hochschule sei äußerst positiv zu bewerten und werde beidseitig angestrebt, so **Herr Schönemann**. Da die Kräfte zu bündeln seien, müsse man auch über einen Kompromiss nachdenken und nicht nach dem Motto „alles oder nichts“ vorgehen.

Herr Prof. Kister, Hochschule Anhalt (FH), der als Beispiel das junge Büro GMP anführte, erklärte, dass die Studenten bereits Erfahrungen gesammelt haben und künftiges Potenzial klar erkennbar sei. Eine Markenbildung sei für Dessau wichtig, Hugo Junkers sei als Vermarktungselement hierbei eine entscheidende Möglichkeit. Eine konkrete Zusage seitens der Hochschule könne nur deren Präsident abgeben.

Mit Verweis auf die im Zusammenhang mit dem Konzept übergebene Stellungnahme von Vertretern aus Dortmund, München und Köln vermutete **Herr Dr. Plettner, Fraktion der FDP**, einen Schreibfehler, da in dem Satz „...unterstützen gern...“ das Wort „finanziell“ fehle. Als Stadtrat habe er Schaden von der Stadt abzuwenden. In Anbetracht der Haushaltslage und vieler anderer Objekte, die einen ähnlichen Status hätten, müsse man resümieren, dass „unser Reichtum uns arm mache“.

Das Konzept „Denkwerk“ bezeichnete **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, als tolle Idee. Für ihn stelle sich die Frage, warum man nicht im kleineren Rahmen beginne, diese Idee umzusetzen. Die in Betracht gezogenen Flächen halte er für überdimensioniert. Darüber hinaus befänden sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite, mit dem Verwaltungsgebäude und Hallen, weitere Hinterlassenschaften von Hugo Junkers, die sich in besserem Zustand befänden und derzeit leer stünden. Als Beginn der Ideenentwicklung könne man sich dort einmieten. Am vorgeschlagenen Standort sehe man sich mit Sanierungs- und Erschließungskosten in Größenordnungen konfrontiert. Dieses Vorgehen sei nicht Ziel führend, man sollte sich auf das Machbare beschränken, da auch die Herkunft der Anschubfinanzierung für die Projektentwicklung bislang nicht geklärt sei.

Herr Prof. Kalvelage erläuterte die notwendigen Flächen, die die Grundlage für die geplante Mischung hinsichtlich der Nutzungen in der Denkfabrik schaffen. Zum Verfahren der heutigen Sitzung fragte er an, ob eine Einbindung der anwesenden Experten des Kolloquiums in die heutige Beratung möglich sei.

Im Vorfeld sei die Sicht der Verwaltung zum vorgelegten Konzept zu hören, so **Herr Schönmann**.

Es sei bemerkenswert, was in dieser kurzen Zeit vorgelegt wurde, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Da man hier jedoch über Steuergelder zu entscheiden habe, sei das Konzept einer Prüfung unterzogen worden. Das Ergebnis werde im Folgenden vorgestellt.

Visionen seien seiner Meinung nach toll, müssen aber auch einen Anspruch auf Erreichbarkeit erfüllen. Auch bei den Kooperationspartnern sei Realismus notwendig. Beispielsweise habe er mit dem Club of Rome Erfahrungen gemacht, wie schwierig sich eine Zusammenarbeit gestaltet. Darüber hinaus müsse man sich im Klaren darüber sein, dass bei einem sozialen Unternehmen Verluste in Größenordnungen zu erwarten seien. Man könne Dessau auch nicht mit Köln oder dem Ruhrgebiet vergleichen, da deren Finanzkraft sich auf ganz anderem Niveau bewege. Es werde in der Akquise von Partnern nicht reichen, zu sagen: „Wir haben Hallen von Hugo Junkers“.

Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, bezeichnete es als die Aufgabe der Verwaltung, die Stadträte in ihrer Entscheidungsfindung zu unterstützen. Aus diesem Grunde habe man in den vergangenen Tagen eine nüchterne Betrachtung des vorgelegten Konzepts vorgenommen. Anhand einer Präsentation erläuterte er die Auswirkungen eines weitergehenden Moratoriums auf das derzeitige Bauvorhaben, notwendige Vertragskündigungen und einhergehende Schadenersatzforderungen sowie Rückzahlungen von Fördergeldern und die Notwendigkeit der Bereitstellung weiterer städtischer Mittel bei Fehlschlägen der Konzeption. Er bewertete die sofort notwendig werdenden Sicherungsmaßnahmen an den im Bestand verbleibenden Gebäuden und widersprach zum Teil der Einschätzung der Bausubstanz im Konzept. Im Rahmen einer Vergleichsbetrachtung mit einem ähnlichen Bauvorhaben wies Herr Meister darauf hin, dass die ausgewiesenen Kosten sich an einem äußerst niedrigen Standard bewegen, was anhand der geplanten Nutzung und den vorgesehen Nutzern sehr fraglich erscheine. Ebenso würden die avisierten Einnahmen nicht einem Vergleich mit ortsüblichen Mieten in Dessau-Roßlau standhalten. Weitere Kosten seien bislang noch nicht berücksichtigt, was die vorgenannten Prüfergebnisse noch kritischer bewerten lasse.

Zur Betrachtung der geplanten Finanzierung und der Fördermittelbetrachtung führte **Frau Guth, amt. Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing**, aus. Eine Finanzierung der Grundsicherungskosten der Substanz, die in Höhe von 1,9 Mio. € sofort zur Verfügung gestellt werden müssten, sei im Konzept nicht ersichtlich, ebenso Kosten für eine Zwischenfinanzierung. Darüber hinaus seien die angesetzten Kosten für die Träger- und Betreiberstruktur nicht förderfähig und eine Kumulierung von GA- und Städtebaufördermitteln nicht möglich.

Den geplanten Zeitraum zur Umsetzung bezeichnete Frau Guth als sehr ambitioniert. Realistisch schätzte sie diesen erst mit dem Jahr 2013 ein und wies darauf hin, dass dann andere Fördergrundlagen gelten.

Den Einspruch von **Herrn Schönmann** und **Frau Lohde, Stadträtin (CDU)**, an dieser Stelle den Studenten beratenden Beistand zu geben und den Studenten und der Hochschule nicht belehrend gegenüber zu treten, wies **Herr Beigeordneter Hantusch** zurück. Hier ständen Steuergelder auf dem Spiel und die Entscheidung der Stadträte sei vorzubereiten, dabei seien die Realitäten konkret zu benennen.

Ihre Betrachtungen abschließend, erklärte **Frau Guth**, dass die fehlenden Bausteine des Konzepts zu benennen seien und nach grundsätzlicher Betrachtung der Förderfähigkeit des Vorhabens das Konzept anzupassen sei.

Die Bewertung des Konzepts durch die Verwaltung schloss **Herr Meister** mit der Auswertung des Projektablaufs und der Darstellung weiterer Auswirkungen auf die Stadt. Es sei nun abzuwägen zwischen einem ambitionierten Ziel und einer nüchternen Bewertung der Sachlage.

Durch **Herrn Prof. Oswalt, Stiftung Bauhaus**, wurde auf sein Angebot in der letzten Bauausschusssitzung zur Betrachtung des Verwaltungsgebäudes Bezug genommen. Eine investive Unterstützung sei durch die Stiftung Bauhaus nicht möglich, man biete jedoch eine Expertise zum „Einfrieren“ des Verwaltungsgebäudes sowie eine Fördermittelrecherche an. Bisherige Überlegungen zur Schätzung der Kosten haben für die Variante „Einfrieren“ – also das Ausmauern der Öffnungen des Gebäudes und weitere Sicherungsmaßnahmen – einen finanziellen Umfang von 125.000 € ergeben. Auch eine Sicherung des Gebäudes durch eine Maschendraht-Einhüllung ergebe Kosten in Höhe von 90.000 €. Die Frage der ästhetischen Wirkung sei dabei noch zu überdenken. Der bereits diskutierte Rückbau des Gebäudes bis auf das Stahlskelett verursache mit 55.000 € die geringsten Kosten.

Zusammenfassend müsse man positiv bewerten, dass in der Stadt eine Besinnung auf kulturelle Werte erfolge. Schwierig sei – auch in der heutigen Diskussion – das gegenseitige Innebringen der verschiedenen Akteure. Er bedauere darüber hinaus, dass keine Kommunikation der früheren Bemühungen um das Areal sowie der Rolle der Treuhand erfolge.

Es sei eine Frage des verantwortlichen Handelns, einzuschätzen, was machbar und zu schultern sei. Wünschenswert wäre ein anderes Miteinander.

Herr Brenne, docomomo Deutschland e. V., der bereits an anderen Bauvorhaben in Dessau tätig war, verwies auf die Pionierentwicklung auf niedrigem Niveau, deren Fürsprecher Beispiele aus dem Ruhrgebiet seien. Den Denkbereich als übergeordneten Ansatz schätzte er als umsetzbar ein, wogegen die Brachflächen als Alternative für das Stadtbild nicht zuträglich wären.

Herr Butter, docomomo Deutschland e. V., der die Diskussionen zum Junkalor-Standort bereits seit geraumer Zeit verfolge und sich am Aufruf zur Rettung des Verwaltungsgebäudes und der Lamellenhalle aktiv beteilige, sprach der Stadt Kapazitäten hinsichtlich historischer Bausubstanz zu und verwies auf die bereits entstandenen Verluste durch Kriegszerstörungen und nachfolgende Abrisse. Um das industrielle Erbe zu erhalten sind die noch vorhandenen Ressourcen zu bewahren.

Das Vorgenannte unterstreichend, stellte **Herr Beigeordneter Hantusch** dar, dass Entscheidungen zur Verwendung des immer weniger werdenden Geldes notwendig seien. Dabei dürfen nur nachhaltige Maßnahmen eine hohe Priorität genießen. Das Beispiel Schloss Georgium zeige, dass man mit derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 2 Mio. € nur einen Bruchteil des Gesamtanierungsvolumens von 10 Mio. € gesichert habe. Auch bei der Betrachtung des Wasserturms oder ähnlicher Objekte müsse man sich fragen, was zukunftsfähig sei.

Bei allem Respekt für das gezeigte Engagement, sei das Vorgelegte zu wenig; jeder potentielle Finanzierer werde die Erfahrungen abfragen, ein Erfolg sei nicht denkbar.

Man müsse sich um Gedankengänge bemühen, so **Herr Schönemann**, die es ermöglichen, die Tür nicht vollständig zuzuschlagen und einen möglichen Kompromiss zu suchen.

Als Gegenrede zum Vortrag der Verwaltung verwies **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, auf die Beispiele Brauerei und das ehemalige Gaswerk in der Unruhstraße. An die Herren Brenne und Butter stellte er die Frage hinsichtlich der Wertigkeit der zur Diskussion stehenden Gebäude.

Die Gebäude seien im Ensemble zu erhalten, antwortete **Herr Brenne**. Die vorhandenen Abrissmittel seien für einen selektiven Rückbau zu verwenden, um so den ersten Schritt in Richtung der Umsetzung des Konzepts zu machen.

Auch **Herr Butter** beschrieb eine Bewertung der Einzelgebäude als schwierig, da das gesamte Ensemble als werthaltig zu bezeichnen sei und jedes Gebäude für sich einen Wert besitze. Erst nach differenzierter Betrachtung sei eine Prioritätensetzung möglich.

Herr Busch sprach sich für den Erhalt der Montagehalle aus, als Zeugnis der Ingenieurskunst, die im Zusammenhang mit der Lamellenhalle anschaulich die Weiterentwicklung im Bauwesen demonstriere. Somit würde man als Kompromisslösung das Ensemble Verwaltungsgebäude, Lamellenhalle und Montagehalle erhalten. Zu klären sei noch der Beitrag der Hochschule in der weiteren Entwicklung.

Die Durchführung einer Sommerschule sei möglich, erklärte **Herr Prof. Pinkau**, um die Nutzungskonzeption fortzuschreiben und die Bausubstanz zu untersuchen.

Frau Lohde warb für die Zusammenstellung einer kleinen Arbeitsgruppe, die die Belastbarkeit des Projekts prüfen solle, und bot ihre Mitarbeit an. Die Leistung der Studenten und die Zusammenarbeit der Professoren der Hochschule sowie deren ernsthaftes Engagement und Einbringen in die Stadt zu fördern, stelle eine einmalige Chance dar.

Hochachtung für die Arbeit und das Engagement, zollte **Herr Mau, Fraktion der CDU**. Als Fragen, die bislang unbeantwortet blieben, beschrieb er, warum die Hochschule das Projekt erst in den letzten vier Wochen aufgreife und woher die Mittel zur Umsetzung kommen sollen.

Auf die Frage von **Herrn Prof. Nävi, Hochschule Anhalt (FH)**, was die Stadt zu verlieren habe, verwiesen **Herr Otto** und **Herr Schönemann** auf die bewilligten Fördergelder. Herr Schönemann sah in der Konzentration auf die Jugendstilhalle einen Ansatz für eine Kompromissfindung. Derzeit habe man eine klare Beschlusslage, die auf der Grundlage einer Stadtratsentscheidung den Abriss – ausschließlich des Verwaltungsgebäudes und der Lamellenhalle - sowie auf der Grundlage einer Entscheidung des Oberbürgermeisters die Umsetzung der Lamellenhalle vorsehe.

Man müsse heute die Entscheidung über eine Verlängerung des Moratoriums fällen oder sich auf die genannte Beschlusslage zurückziehen. Eine Erweiterung des Aussetzens der Abrissarbeiten hätte Schadenersatzforderungen des Auftragnehmers zur Folge.

Ihm fehle die Kompromissuche der Interessenten, äußerte **Herr Tasche, TU Dresden**. Man sollte den Fokus auf die drei erhaltenswerten Gebäude Verwaltungsgebäude, Lamellen- und Montagehalle legen.

Angetan von der lokalen Demokratie, die hier demonstriert werde, zeigte sich **Herr Steckeweh**. Die bereits aufgeworfene Frage, was Dessau zu verlieren habe müsse man umformulieren zu: Was hat Dessau zu gewinnen? Er verwies auf die Beispiele Ruhrhalle und Kulturhauptstadt Essen. Zur Klärung, was zukunftsfähig sei, seien Antworten nötig. Hier sei die Chance für die Stadt der Moderne, Hugo Junkers ein Denkmal zu setzen. Die Aufstellung einer Büste fände er banal. In die Betrachtungen seien auch ideelle und nicht nur materielle Aspekte einzubeziehen.

Nach eigenen Erfahrungen beim Umbau von Industriegebäuden im Ruhrgebiet könne er sehr gut einschätzen, welche Aufgaben hier zur Bewältigung anstehen, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Man habe ein Moratorium bis zum 15.04.2010 vereinbart, was bedeute, dass – sollte heute kein Beschluss gefasst werden – die vorliegende Beschlusslage in Kraft trete und die Revitalisierung des Standorts fortgesetzt werde.

Vier Wochen habe der Verein Zeit zur Vorlage eines belastbaren Nutzungskonzepts bekommen. An dessen Vertreter richtete er die Frage, was in einem halben Jahr vorliegen werde.

Durch den Verein sei zum einen der Kompromissvorschlag zu bewerten, so **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, und zum anderen sei die Aufgaben der Arbeitsgruppe zu klären.

Die Reduzierung auf den Gebäudekomplex des ehemaligen Kaloriferwerkes – im Konzept slot 1 benannt – sei bereits ein Kompromiss gewesen, erklärte **Herr Tornack**. Dieses Ensemble müsse man in seiner Gesamtheit bewahren.

Nach der Äußerung von **Herrn Schönemann**, dass man im Verlauf der Diskussion einen Kompromiss gesucht und nun ein Angebot unterbreitet habe, bemerkte **Herr Prof. Kister**, dass die Verwendung der Steuergelder natürlich zu beachten sei. Die vorgeschlagene Richtung sei sicher grundsätzlich möglich. Neben dem Erhalt der drei Gebäude müsse man darüber nachdenken, den entstehenden Zwischenraum mit einer Bebauung zu qualifizieren. Eine Konzentration in der Fortschreibung des Konzepts auf die Jugendstilhalle hielt er für möglich.

Auch **Herr Hartmann**, sprach sich dafür aus, die Jugendstilhalle als Keimzelle weiterer Überlegungen zu erhalten. Durch **Herrn Schönemann** wurde neben der Konzeptüberarbeitung zur Nutzung der Jugendstilhalle auch die Prüfung nutzbarer Gebäude im ehemaligen Gasgeräte- werk als nächste Aufgaben beschrieben.

Als Auftrag für die bereits angesprochene Arbeitsgruppe formulierte **Frau Lohde** die Prüfung eines geeigneten Kompromisses und die Entwicklung einer für beide Seiten geeignetsten Lösung.

Man habe nun drei Möglichkeiten, fasste **Herr Busch** zusammen. Für den Fall, dass man sich auf kein Moratorium einigen könne, werden am morgigen Tag die Bagger anrollen. Sollte man sich auf ein Moratorium für die Jugendstilhalle einigen, könne die Bearbeitung durch die Sonderschule erfolgen und das Ergebnis erneut zur Prüfung vorgelegt werden. Sollte man sich auf ein Moratorium für das Gesamtensemble einigen, sei durch die Arbeitsgruppe das Konzept weiter zu untersetzen.

Durch **Herrn Otto** wurde festgestellt, dass heute keine Beiträge geliefert wurden, wie das Vorhaben zu finanzieren sei. Man werde nur eine notwendige Entscheidung verschieben, wobei die bauliche Substanz nicht besser werde. Neue Erkenntnisse erwarte er sich von einem weiteren Moratorium nicht und die Chance der Nutzung der Gebäude des ehemaligen Gasgerätewerks werde verspielt.

In Anbetracht der weiteren Kulturausgaben der Stadt sei nur eine Entscheidung zu treffen.

Herr Prof. Kalvelage warnte davor, zu eilig Kompromisse zu schließen. Nach heutiger Diskussion sei die Montagehalle von der Abrissdiskussion ausgenommen, so dass man sicher auch die zwei Riegel erhalten könne. Er bezeichnete das „Denkwerk Hugo Junkers“ als orts- und enemblegebunden.

Als Abschluss der Diskussionen wurde durch **Herrn Schönemann** die folgende Arbeitsrichtung zur Abstimmung gebracht:

Die Maßnahmen zur Revitalisierung des Junkalor-Standorts werden – ausschließlich der Jugendstilhalle – fortgesetzt.

Für die Jugendstilhalle wird eine Verlängerung des am 15.03.2010 vereinbarten Moratoriums zur Aussetzung des Abrisses auf dem ehemaligen Junkalor-Standort bis Ende August 2010 festgelegt.

Das Konzept „Denkwerk Hugo Junkers“ wird durch den Verein Industriekultur Hugo Junkers überarbeitet und dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zum Ende des verlängerten Moratoriums erneut zur Prüfung vorgelegt.

Durch **Herrn Otto** und **Herrn Dr. Plettner** wurde dargelegt, dass die dabei entstehenden, zusätzlichen Kosten nicht geklärt seien.

Abstimmungsergebnis:

4 : 2 : 1

Die Arbeitsrichtung wurde mehrheitlich bestätigt.

5. Öffentliche Anfragen und Informationen

Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:04 Uhr schloss.

Nichtöffentliche Tagesordnungspunkte

6. Nichtöffentliche Anfragen und Informationen

Nichtöffentliche Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

7. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 22:05 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 26.04.2010

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlage:

- Anwesenheitsliste